

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Tim Golke,
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/3663

**Betr.: Hochschulpakt: Bedarfsdeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen
Studienplätzen an Hamburger Hochschulen**

Am 4. Juni 2009 unterzeichneten die Regierungschefs von Bund und Ländern die Fortschreibung des Hochschulpakts für eine zweite Phase bis Ende 2015. Dabei wurde die Finanzierung der Studienplätze (jährlich werden pro Studienplatz 6.500 Euro bereitgestellt) ebenso wenig ausreichend berücksichtigt wie die angestrebte Zahl von 275.000 zusätzlichen Studienplätzen. Außerdem fließt der Löwenanteil der Gelder in die Forschung und nicht in zusätzliche Studienplätze oder in die Verbesserung der Lehre. Dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen in die Hochschulbildung wurden im Hochschulpakt II nicht berücksichtigt.

Als Konsequenz der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst haben die Ministerinnen und Minister von Bund und Ländern auf ihrer Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz am 21. März 2011 ihre Finanzausgaben für den Hochschulpakt ein weiteres Mal erhöht, um so 59.000 weitere Studienmöglichkeiten zu schaffen.

Während derzeit immer mehr Menschen eines Jahrganges in Hamburg studieren möchten, stehen nicht ausreichend Studienplätze zur Verfügung. Die Ursachen liegen dabei in der Jahrzehnte währenden Unterfinanzierung der Hochschulen, die sich durch die Umstellung auf die neuen Studienstrukturen Bachelor und Master während des laufenden Betriebes noch verschärfte.

Nach einer kürzlich veröffentlichten Prognose der Kultusministerkonferenz (KMK) werden bis 2019 jährlich deutlich mehr als 16.000 junge Menschen in Hamburg ein Studium aufnehmen. Im vergangenen Jahr hatte die Zahl der Studienanfänger mit mehr als 17.000 einen Höchststand erreicht. Grund dafür ist neben den doppelten Abiturjahrgängen durch die Verkürzung des Gymnasiums auch der Wegfall der Wehrpflicht.

Um die Leistungsfähigkeit der Hamburger Hochschulen zu erhalten und die Hochschulen für eine erhöhte Zahl von Studienanfängern offenzuhalten, muss der Hochschulpakt nicht nur weiterentwickelt werden, sondern deutlich aufgestockt werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

I. Die Hamburgische Bürgerschaft stellt fest:

In den Jahren 2012 bis 2025 droht ein nie da gewesener Mangel an Studienplätzen. Im Vergleich zur letzten veröffentlichten Vorausberechnung rechnet die Kultusministerkonferenz für Hamburg gegenwärtig mit rund 12.000 Studienanfängerinnen und Studienanfängern zusätzlich für den Zeitraum der Jahre 2011 bis 2015 und mit 29.000 Studienanfängerinnen und Studienanfängern zusätzlich für 2011 bis 2020. Damit fehlen in dem von Bund und Ländern vereinbarten Hochschulpakt 2020 zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze in Hamburg jährlich circa 3.000 Studienplätze.

II. Punkt 2 in Drs. 20/3663 wird ersetzt durch:

Der Senat wird aufgefordert, sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten auf Bundesebene unverzüglich für eine Aufstockung und Weiterentwicklung des bestehenden Hochschulpaktes 2020 einzusetzen. Der Hochschulpakt muss verlässlich ein bedarfsdeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen Studienplätzen sichern und dazu beitragen, die strukturelle Unterfinanzierung des deutschen Hochschulsystems zu beenden.

III. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft über seine Bemühungen hinsichtlich des Beschlusspunktes 2 der Drs. 20/3663 bis zum 31. Oktober 2012 schriftlich Bericht zu erstatten.